

BUND DEUTSCHER



NORDSCHLESWIGER

An

Udenrigsminister Lars Løkke Rasmussen, udenrigsministeren@um.dk
Kulturminister Jakob Engel-Schmidt, kum@kum.dk

Apenrade,
den 11. März 2025

Kære ministre
Lars Løkke Rasmussen &
Jakob Engel-Schmidt.

Nachmeldung Sprachencharta

Am 11. September **2019** haben wir Ihren Vorgängern geschrieben und die dänische Regierung aufgefordert, weitere Verpflichtungen zu übernehmen in Bezug auf die *Europäische Charta der Regional- oder Minderheitensprachen* (kurz: *Sprachencharta*) des Europarates (**Anlage**).

Wir haben damals darauf hingewiesen, dass sich dies anbietet, weil

- das **Bundesland Schleswig-Holstein/die Bundesrepublik Deutschland** dabei waren weitere Verpflichtungen – unter anderem für Dänisch – zu übernehmen. Diese sind im Spiegelverfahren vor etlichen Jahren umgesetzt worden.
- für Dänemark aktuell **37 Verpflichtungen** gelten und damals folgende Staaten - von jeweils 68 möglichen Verpflichtungen - für Deutsch übernommen hatten: Ukraine: 42, Ungarn: 45, Slowakei: 49 sowie Rumänien: 58.

Wir haben seitdem öffentlich und in Schreiben an die dänische Regierung darauf hingewiesen, dass eine Übernahme neuer Verpflichtungen ein **starkes internationales Signal** sein könnte in einer Zeit, wo Minderheitenrechte leider eher Konflikte generieren.

Darüber hinaus hat:

- der **Europarat** Dänemark seit 2010 aufgerufen, zusätzliche Charta-Verpflichtungen für die deutsche Sprache zu übernehmen. In seinen seitdem angenommenen Prüfberichten wiederholte der Sachverständigenausschuss der Charta, dass die derzeitigen Verpflichtungen Dänemarks nicht ausreichen, um die Lage der deutschen Sprache in Dänemark angemessen widerzuspiegeln. Im Hinblick auf den Antrag des BDN von 2019 rief der Sachverständigenausschuss die dänischen Behörden 2023 auf, die Erklärung über

die Ausweitung der Ratifizierung Dänemarks vor dem 1. September 2025 beim Europarat zu hinterlegen.

- eine Übernahme weiterer Verpflichtungen zentraler Teil des **Deutsch-Dänischen Aktionsplanes** vom August 2022 ist, welcher von den beiden Außenministern unterzeichnet wurde.

Wir haben seit 2019 eine Reihe von Initiativen ergriffen, um diesen Prozess positiv und konstruktiv zu unterstützen, unter anderem durch:

- Treffen mit Beamten der berührten Ministerien und Behörden (November 2021)
- Ausarbeitung eines Kompendiums in dänischer Sprache in dem wir konkret vorschlagen, wie die neuen Verpflichtungen umgesetzt werden können (März 2022) - **Anlage**
- Laufende Gespräche mit der verantwortlichen Mitarbeiterin im Kulturministerium, in denen wir Lösungen erarbeitet haben.

Wir haben wiederholt darauf hingewiesen, dass wir bei eventuellen Herausforderungen **pragmatisch** eingestellt sind und dass die Umsetzung der neuen Verpflichtungen keine – oder höchstens sehr überschaubare – finanzielle Konsequenzen haben würde.

Es ist vor diesem Hintergrund grundlegend unverständlich und nicht akzeptabel, dass die dänische Regierung uns seit 5½ Jahren auf eine Antwort warten lässt.

Allerdings wäre das bevorstehende **70. Jubiläum der Bonn-Kopenhagener Erklärungen** am 29. März 2025 eine perfekte Gelegenheit, diesen Missstand zu beheben und uns darüber informieren, wann das Verfahren von dänischer Seite erfolgreich abgeschlossen werden kann.

Mit freundlichen Grüßen



Hinrich Jürgensen
Hauptvorsitzender